Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3277 (neu)

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. September 1968 am Donnerstag, dem 26. September 1968 am Freitag, dem 27. September 1968

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Nachtflugpläne der Postflotte so zu gestalten, daß bei den nächtlichen Starts und Landungen auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt genügend Zeit zur Anwendung von lärmmindernden An- und Abflugverfahren besteht, um damit nächtliche Störungen der Bevölkerung in der Umgebung des Flughafens zu mindern?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

2. Abgeordneter **Geldner**

Wie weit sind die Überlegungen der Deutschen Bundespost gediehen, öffentliche Fernsprecher für Notrufe kostenlos benutzen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Lenz (Brühl)**

Sind dem Bundeswohnungsbauminister die Vorschläge des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung zur Einführung einer Wohnungsbauabgabe bekannt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

4. Abgeordneter **Lenz (Brühl)**

Trifft es zu, daß sich das Bundeswohnungsbauministerium bereits vor Veröffentlichung dieser Vorschläge damit befaßt hat?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

5. Abgeordneter **Lenz (Brühl)**

In welchem Umfange erhält der vorgenannte Verband finanzielle Unterstützung durch das Bundeswohnungsbauministerium?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

6. Abgeordneter **Lemp**

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß man junge Bundesbürger, die sich für mindestens zwei Jahre für Privatfirmen in Entwicklungsländern im Rahmen privater Entwicklungshilfe verpflichten, ebenso wie die amtlichen Entwicklungshelfer vom Wehrdienst befreien sollte?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, nach denen Bundestagsabgeordneten aus den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eine Griechenlandreise vom Auswärtigen Amt als unbedenklich bezeichnet worden ist, die für die Abgeordneten und miteingeladenen Familienangehörigen über eine Werbeagentur von der gegenwärtigen griechischen Regierung finanziert worden ist?

8. Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Was beinhaltet eine solche angebliche Unbedenklichkeitserklärung?

9. Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Befreit sie Abgeordnete von der Pflicht, Einladungen in Länder, die ohne ein freiheitlichdemokratisches Kontrollsystem regiert werden, besonders kritisch zu behandeln?

10. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der US-Delegierte Georg Ball am 24. August d. J. im UN-Sicherheitsrat auf Grund einer Beschwerde des Sowjetbotschafters Malik erklärt hat, „Mitteldeutschland sei kein Staat, sondern eine Besatzungszone unter der Kontrolle der Sowjetunion"?

11. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung — falls die in Frage 10 genannte Pressemeldung richtig ist — aus dieser eindeutigen Erklärung des US-Vertreters im Hinblick auf ihre Deutschlandpolitik zu ziehen?

12. Abgeordneter **Gierenstein**

Ist die Bundesregierung bereit, die Importe von Agrarprodukten aus den Ostblockländern, die sich an der Okkupation der Tschechoslowakei beteiligt haben, mit dem Ziel einer Einschränkung zu überprüfen?

13. Abgeordneter **Folger**

Ist die Bundesregierung bereit, der Alpenvereinssektion Bad Tölz in dem Streit mit der belgischen Prinzessin Liliane de Rethy, Gattin Exkönig Leopolds von Belgien, wegen des Baues einer Materialseilbahn zur „Tölzer Hütte" auf dem „Scharfreiter" im Karwendelgebirge durch Interventionen bei der belgischen und bei der österreichischen Regierung zu helfen?

14. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Wie bewertet die Bundesregierung die Erklärung des kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau, das amerikanische Außenministerium habe nicht im Namen Kanadas gesprochen, als es die Sowjetunion wissen ließ, daß eine Invasion in der Bundesrepublik Deutschland eine alliierte Antwort auslösen werde?

15. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Wird die Bundesregierung auch auf eine der amerikanischen Erklärung entsprechende Äußerung Kanadas und der anderen NATO-Partner, die Truppen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert haben, hinwirken?

16. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden wissenschaftlichen Instituten, den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden und durch Auswertung der Veröffentlichungen in ost- und südosteuropäischen Staaten beweiskräftiges Material über die Zahl der z. Z. in Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volksangehörigen vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter **Logemann**

Sind Pressemeldungen aus Niedersachsen zutreffend, nach denen die Fehlstunden im Schulunterricht in den Landkreisen erheblich höher sind als in den Großstädten, z. B. im Landkreis Grafschaft Diepholz 24% betragen sollen, hingegen in der Landeshauptstadt Hannover nur 8% bis 10%?

18. Abgeordneter **Logemann**

Liegt die Ursache darin, daß Großstädte durch eine Überbesetzung der Lehrerstellen Lehrer horten zum Nachteil der Schulen auf dem Lande?

19. Abgeordneter **Logemann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um trotz der Kulturhoheit der Länder in der Schulpolitik künftig schulische Benachteiligungen der Landbevölkerung zu verhindern und um ihre im Agrarprogramm angekündigte „Förderung und Verbesserung der Allgemeinbildung auf dem Lande" zu realisieren?

20. Abgeordneter **Seidel**

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht bisher nicht gestellt?

21. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Hält es die Bundesregierung für politisch richtig, wenn die ARD eine Hauptsendezeit des 1. Deutschen Fernsehens am Donnerstag, dem 5. September 1968, dazu benutzt hat, ein vor längerer Zeit vom Niederländischen Fernsehen aufgenommenes Interview mit dem Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht kommentarlos auszustrahlen, in dem Ulbricht schriftlich vorbereitete Propaganda- und Hetztiraden vorträgt?

22. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Entspricht es nach Auffassung der Bundesregierung der publizistischen Verantwortung und den Maßstäben für menschlichen Geschmack der für das Programm eines öffentlich-rechtlichen Publikationsmittels zuständigen Persönlichkeiten, wenn einem der für die Besetzung der CSSR vermutlich mitverantwortlichen Staatsmann gerade in diesem Zeitpunkt Gelegenheit gegeben wird, vor dem westdeutschen Fernsehpublikum in der Maske des Biedermannes und treusorgenden Landesvaters seine Politik zu beschönigen?

23. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß sich solche Vorgänge in der Programmgestaltung der Fernsehanstalten der Bundesrepublik Deutschland nicht wiederholen?

24. Abgeordneter **Sander**

Vertritt die Bundesregierung weiterhin die von Herrn Prof. Dr. Isbary begründete und von Herrn Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Ernst während seiner Amtszeit immer wieder zum Ausdruck gebrachte raumordnungspolitische Auffassung, die besagt: „Im Verkehrsbereich wird Ursache und Wirkung vertauscht, wenn man vor allem dort die Verkehrsverhältnisse verbessert, wo der stärkste Verkehr herrscht. Die Folge davon ist eine zunehmende Überlastung der Verdichtungsräume statt deren Entlastung. Es kommt also darauf an, gerade die schwach strukturierten Gebiete verkehrlich besser zu erschließen."?

25. Abgeordneter **Sander**

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß eine verbesserte Verkehrserschließung für den Raum Holzminden—Höxter vorrangig wird, weil, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft (Gesch.Z.: I C 1 - 02 11 35 - vom 24. Juli 1968) mitteilte: „Infolge der Standortverbesserung für die gewerbliche Wirtschaft durch das neue Kernkraftwerk Würgassen kann damit gerechnet werden, daß sich künftig auch energieintensive Unternehmen im Raum Holzminden—Höxter ansiedeln."?

26. Abgeordneter **Sander**

Ist die Bundesregierung bereit, der von ihr vertretenen Raumordnungspolitik entsprechend, die Autobahnspange „Südharz—Westfalen", aus dem Raum Walkenried—Herzberg kommend, bei Nörten—Hardenberg die Nord-Süd-Autobahn kreuzend, im Zuge der B 241 verlaufend, bei Beverungen—Würgassen über die Weser führend und von dort in südwestlicher Richtung, südlich am Eggergebirge vorbei, etwa bei Scherfede auf die in Angriff genommene Auobahn Kassel—Ruhrgebiet stossend, vordringlich zu verwirklichen?

27. Abgeordneter **Dorn**

In welcher Form hat die Bundesregierung dafür vorgesorgt, daß die von Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller 1969 für erforderlich gehaltene über 6%ige Lohnerhöhung auch im öffentlichen Dienst wirksam werden kann?

28. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände zu veranlassen, in der Frage der Anrechenbarkeit von Zeiten als Berufssoldat auf die Beschäftigungszeit nach dem BAT eine positivere als die bisherige Haltung einzunehmen und damit der verständlichen Bereitschaft des Bundes, die Anrechenbarkeit zu gewähren, entgegenzukommen?

29. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, ein Gesetz vorzulegen, nach dem die zu Übungen eingezogenen Reservisten ihre Verdienstausfallsentschädigung und ihr Übungsgeld nicht von der Unterhaltssicherungsbehörde erhalten, sondern von der Privatwirtschaft ihren Lohn oder ihr Gehalt fortgezahlt bekommen und die Buchhaltungen dieser Firmen die Übungsgelder und Verdienstausfallsentschädigungen unmittelbar mit den Unterhaltssicherungsbehörden abrechnen?

30. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Kann die Bundesregierung Zahlen vorlegen, welchen Betrag die Differenz von 80% bei Verheirateten und 60% bei Unverheirateten auf 100% des Übungsgeldes und der Verdienstausfallsentschädigung ausmacht, wenn die Übungsdauer im Jahr ca. 12 bis 14 Tage beträgt?

31. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß die Regelung der in 29. und 30. enthaltenen Fragen für den betreffenden Reservisten und für die Verwalung rationeller wäre?

32. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Absichten, wie sie bei der Frankfurter SDS-Delegiertenkonferenz und von maßgeblichen Sprechern des SDS in der Öffentlichkeit geäußert worden sind, entgegenzuwirken, daß durch provokatorische Maßnahmen in einzelnen Einheiten der Bundeswehr eine „Revolte" organisiert werden soll?

33. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Industrie- und Handelskammer Hochrhein, Sitz Schopfheim, befürchtet, daß im Hinblick auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus EWG-Ländern für das deutsche Grenzgebiet zwischen Basel und dem Bodensee dadurch Nachteile entstehen könnten, daß Staatsangehörige aus dem EWG-Bereich — etwa Italiener — sich an der Grenze niederlassen, um dann als Grenzgänger in der Schweiz zu arbeiten?

34. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Schweiz Grenzgänger, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz haben, besonders begehrt sind, weil sie aus der von der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft angeordneten Ausländer-Begrenzung ausgenommen sind, also in beliebiger Zahl eingestellt werden können?

35. Abgeordneter **Faller**

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung der oberbadischen Wirtschaft, daß für das Grenzgebiet erhebliche Schwierigkeiten in der Infrastruktur auftreten können, wenn die Ausländerpolizei in Zukunft keine Handhabe gegen solche Ausländer aus EWG-Staaten mehr besitzt, die sich im Grenzraum mit Familie nur niederlassen, um in der Schweiz zu arbeiten?

36. Abgeordneter **Kubitza**

Treffen Meldungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, im nächsten Jahr knapp 17 Millionen DM weniger als 1968 für die Sportförderung bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei den Landesjustizministerien dafür einzusetzen, daß entsprechend der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 19. Juli 1968 grundsätzlich

Freiheitsstrafen-Urteile für Kraftfahrer, die zum ersten Mal wegen Alkoholeinfluß am Steuer ohne Verkehrsgefährdung verurteilt worden sind, auf Aussetzung zur Bewährung oder Umwandlung in Geldstrafen geprüft werden?

38. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Zu welchem Ergebnis haben die Untersuchungen der Landeskriminalämter und der Erfahrungsaustausch mit den Landesjustizverwaltungen (siehe Antwort auf meine Fragen laut Drucksache V/1448) hinsichtlich der neuen Haftvorschriften des § 112 StPO geführt?

39. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls aus den Untersuchungen und dem Erfahrungsaustausch zu ziehen?

40. Abgeordneter **Prochazka**

Was gedenkt die Bundesregierung zur Wiederherstellung der Ehre des 63-jährigen ehemaligen Generalbundesanwalts Wolfgang Fränkel zu tun, der 1962 auf Grund infamer Verleumdungen Ostberliner Stellen und unter dem Druck westdeutscher Massenmedien in den einstweiligen Ruhestand versetzt und am 16. Juli 1965 vom Dienstgericht des Bundes beim BGH freigesprochen wurde, ohne daß die erst am 1. Juni 1966 angefertigten schriftlichen Urteilsgründe in dem in einem solchen Fall üblichen Umfang der Öffentlichkeit jemals zugänglich gemacht wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

41. Abgeordneter **Krammig**

Trifft es zu, daß die Absicht besteht, beginnend mit dem 1. Januar 1969 die Lohnsteuerfreiheit des sogenannten Haustrunkes und der Tabakdeputate entgegen der jetzigen Regelung in Abschnitt 13 der Lohnsteuerrichtlinien zu beseitigen?

42. Abgeordneter **Krammig**

Bei Bejahung der Frage 41: aus welchen Gründen?

43. Abgeordneter **Opitz**

In welcher Form gedenkt die Bundesregierung aus der Erkenntnis Konsequenzen zu ziehen, daß Arbeitnehmer aus struktur- und arbeitsmarktpolitischen Gründen heute vielfach gezwungen sind, weit mehr als 40 Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstelle zurückzulegen, obwohl die vor dreizehn Jahren eingeführte Begrenzung für die Kraftfahrzeugpauschale nach wie vor nur eine Berücksichtigung von 40 Kilometern vorsieht?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

44. Abgeordneter **Genscher**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, durch eine Novellierung des Mehrwertsteuergesetzes Härten, systemwidrige Regelungen, besondere wirtschaftliche Nachteile und andere Mängel des Gesetzes zu beseitigen?

45. Abgeordneter **Genscher**

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus den Feststellungen des Arbeitskreises Mehrwertsteuer in Wuppertal hinsichtlich der zusätzlichen Arbeits- und Kostenbelastung im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer ziehen?

46. Abgeordneter **Dr. Imle**

Sieht die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, daß aus der Kurtaxe nach gesetzlichen Bestimmungen kein Gewinn erzielt werden darf, eine Möglichkeit, die Mehrwertsteuer auf die Kurtaxe von 11% auf 5,5% zu ermäßigen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bäder und Kurorte gegenüber den Bädern und Kurorten in den anderen EWG-Staaten und Skandinavien, wo keine Kurtaxe erhoben wird, zu stärken und damit gleichzeitig die Volksgesundheit in Deutschland zu fördern?

47. Abgeordneter **Dr. Abelein**

Welche Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung sieht die Bundesregierung für die Unwettergeschädigten vom 29. August 1968 im Kreis Heidenheim?

48. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Aus welchem Grunde sind die Vorschläge der EWG-Kommission bei der Ende Juli in Brüssel durchgeführten Außenministerratstagung über Erleichterungen im Reiseverkehr zurückgestellt worden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

49. Abgeordneter **Jung**

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die freien Berufe durch eine ausdrückliche Klausel aus dem Kartellgesetz herausgenommen werden sollten, da sie nichts anzubieten haben, was auf einem „Markt" üblicherweise verkauft wird und darüber hinaus im Interesse des Schutzes von Kultur und geistiger Arbeit ein strenges Standesrecht haben, das sie unfähig macht, auf einem „Markt" tätig zu sein?

50. Abgeordneter **Meister**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der in Vorbereitung befindlichen Börsenreform Maßnahmen vorzusehen, die Mißstände, wie sie sich aus sogenannten Insider-Informationen ergeben, zu beseitigen oder wenigstens zu erschweren?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

51. Abgeordneter **Meister**

Ist die Bundesregierung schon in der Lage, ihre Vorstellungen zu diesem Fragenkomplex bekannt zu geben?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

52. Abgeordneter **Schmidhuber**

Trifft es zu, daß das Bundeswirtschaftsministerium die Vorstände der Zechengesellschaften des Steinkohlenbergbaugebietes an der Ruhr aufgefordert hat, bis zum 15. September 1968 definitiv zu erklären, ob ihre Gesellschaften der Gesamtgesellschaft beitreten werden?

53. Abgeordneter **Schmidhuber**

Ist diese Aufforderung so zu verstehen, daß ein Beitritt zur Gesamtgesellschaft nach dem 15. September 1968 nicht mehr möglich ist?

54. Abgeordneter **Dr. Huys**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine Verlängerung der Ausschlußfrist des § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Ingenieurgesetzes im Wege einer Gesetzesänderung anstrebt?

55. Abgeordneter **Dr. Huys**

Bei Bejahung der Frage 54: hält die Bundesregierung diese Änderung trotz der entstehenden Kosten und des großen Arbeitsaufwands für gerechtfertigt?

56. Abgeordneter **Ertl**

Wird nach Ansicht der Bundesregierung dem Energiewirtschaftsgesetz von 1936 durch die Stromversorgungsunternehmungen EVU in jeder Weise entsprochen, wenn nach dort vorgenommenen Berechnungen dem gewerblichen Mittelstand durchschnittliche monatliche Arbeitspreise von etwa 15,5 Pfg/kWh berechnet werden sollen, während große Sonderabnehmer nur 4 bis 5 Pfg/kWh zu zahlen haben und selbst der Haushaltspreis infolge des dafür noch geltenden Preisstops günstiger liegen soll als die Tarife für die Sonderabnehmer?

*Fragesteller **hat sich mit** schriftlicher **Beantwortung** einverstanden **erklärt.***

57 Abgeordneter **Ertl**

Welche Änderungen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen oder der geübten Praxis hält die Bundesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, daß infolge der Spaltung des Stromtarifs in Arbeits- und Leistungspreis kleinere und mittlere Sonderabnehmer nicht weiter benachteiligt werden, sondern durch ebenso günstige Bezugsbedingungen wie Großabnehmer alle Möglichkeiten der Rationalisierung und preiswerten Produktion geboten bekommen?

*Fragesteller **hat sich mit** schriftlicher **Beantwortung** einverstanden **erklärt.***

58. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche Möglichkeiten der internationalen Koordination hat die Bundesregierung im Rahmen des § 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zur Abwehr außerwirtschaftlicher Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der gegenwärtigen Lage genutzt?

59. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche Ergebnisse haben die bisherigen internationalen Verhandlungen zur Abwehr außerwirtschaftlicher Störungen gehabt?

60. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Mittel beabsichtigt die Bundesregierung einzusetzen, falls die Maßnahmen der internationalen Koordination nicht ausreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

61. Abgeordneter **Meister**

Hält die Bundesregierung die Preisbindung und vor allem die geltenden Preisrichtsätze beim landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr, in anbetracht der Neuordnung der Einheitswerte, noch für vertretbar?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

62. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**

Ist die Erhebung einer zollähnlichen Ausgleichsabgabe für Frischfleisch, das von der Bundeswehr in einen schlachthofpflichtigen Standort „importiert" wird, noch gerechtfertigt, obwohl trotz halbjährlich durchgeführter öffentlicher Ausschreibungen kein ortsansässiger Lieferant eine Bewerbung abgegeben hat, weshalb die Bundeswehr gezwungen ist, von auswärts Frischfleisch zu beziehen?

63. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**

Geht diese in Frage 62 angesprochene, auf Grund eines 100 Jahre alten Schlachthofzwanges erhobene Abgabe letzten Endes nicht zu Lasten der Verpflegung der Soldaten, weil der abgabepflichtige auswärtige Lieferant diese Gebühr mit 8 DPf. pro kg in dem äußerst kalkulierten Preis nicht mehr auffangen kann und deshalb eine Preiserhöhung zwangsläufig an dem Pro-Kopf-Verpflegungssatz mit täglich 2,90 DM abgeht, wenn man zugrundelegt, daß dem Soldaten pro Tag ca. 375 Gramm Fleisch zukommt?

64. Abgeordneter **Reichmann**

Ist die Bundesregierung wirklich der in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage vertretenen Ansicht, daß die in Haus- und Kleingärten anfallende Pflaumen- und Zwetschenerzeugung ausschließlich der Selbstversorgung dient und keinen Einfluß auf die Marktsituation ausübt?

65. Abgeordneter **Reichmann**

Üben nicht diese in Haus- und Kleingärten erzeugten Mengen bei reichem Ernteausfall einen zwar indirekten, aber nachteiligen Einfluß auf den Markt insofern aus, als gerade diese Früchte restlos abgeerntet werden, den Selbstversorgungsgrad der Besitzer überschreiten, daher Verwandten und Freunden zum Teil geschenkweise überlassen werden und dadurch die Nachfrage auf dem Markt verringert wird?

66. Abgeordneter **Reichmann**

Aus welchem Grunde entschließt sich die Bundesregierung nicht zu Geschenk- oder Sozialinterventionen, obwohl Mittel für solche Marktinterventionen im EWG-Fonds zur Verfügung stehen, diese Form der Intervention von der Öffentlichkeit anstelle von Vernichtungsaktionen gefordert wird und zudem der Bundesernährungsminister diese Interventionsart bereits im Oktober 1967 in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages angekündigt hat?

67. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Behauptung stichhaltig, daß die niedrigen Erzeugerpreise für Schweinefleisch in erster Linie auf Einfuhren zurückgeführt werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

68. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung der Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung die entsprechenden Vorsorgeuntersuchungen als Pflichtleistungen der Krankenkassen einzuführen?

69. Abgeordneter **Weigl**

Warum kann der Berechnung des Berufsgenossenschaftsbeitrages neben der Lohnsumme nicht auch der Jahresumsatz eines Betriebes zugrundegelegt werden?

70. Abgeordneter **Weigl**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, bei künftigen Rentenanpassungen die Steigerung der Beiträge zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter **Kaffka**

Hat die Bundesregierung den Leiter des Antikorruptionsreferates im Bundesverteidigungsministerium von seinem Posten vorläufig suspendiert oder in einen anderen Dienstbereich versetzt, nachdem ihr bekannt geworden ist, daß die Staatsanwaltschaft Bonn im Zusammenhang mit der HS-30-Affäre ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Begünstigung gegen ihn eingeleitet hat?

72. Abgeordneter **Kaffka**

Hält es die Bundesregierung — falls dies nicht geschehen ist — für richtig, einem so verdächtigten Beamten als Leiter des die HS-30-Affäre

bearbeitenden Referates weiterhin die Möglichkeit zu lassen, auf die Aufbewahrung, Herausgabe und Vernichtung der einschlägigen Akten und auf Auskunftserteilung und Dienstanweisungen an die Referatsangehörigen hinsichtlich der Ermittlungen über diese Vorgänge Einfluß zu nehmen?

73. Abgeordneter **Peiter**

Ist die Bundesregierung bereit, die Pläne zur Errichtung einer zweiten Standortverwaltung für den Standort Koblenz auf dem ehemaligen Schießstandgelände Bilotte im Stadtbereich Niederlahnstein nocheinmal zu überprüfen, da die Stadt Niederlahnstein für diesen Gemarkungsteil eine Wohnbebauung vorgesehen und diese Absicht bereits im Jahre 1964 mit dem aufsichtsbehördlich genehmigten Flächennutzungsplan, gegen den die Standortverwaltung Koblenz keine Bedenken geltend machte, bekannt gemacht hat?

74. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**

Wie hoch ist der Fehlbestand an Dienstwohnungen in den Marine-Standorten Schleswig-Holsteins?

75. Abgeordneter **Barche**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich der Landkreise Peine und Gifhorn unter der wehrpflichtigen Arbeitnehmerjugend eine beträchtliche Verärgerung darüber besteht, daß die wehrpflichtigen Söhne von selbständigen Landwirten und Handwerksmeistern, die im elterlichen Betrieb tätig sind, in geradezu großzügiger Weise von der Ableistung des Wehrdienstes befreit oder zurückgestellt werden?

76. Abgeordneter **Barche**

Ist die Bundesregierung auch der Auffassung, daß Freistellungen Wehrpflichtiger vom Wehrdienst nur dann erfolgen dürfen, wenn durch die Einziehung des Wehrpflichtigen eine akute Gefährdung der Familienexistenz besteht, und daß dieser Grund für alle Wehrpflichtigen gilt, gleichgültig ob sie als Arbeitnehmer oder im elterlichen Betriebe tätig sind?

77. Abgeordneter **Barche**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den zu Frage 75 zuständigen Kreiswehrersatzämtern Aufstellungen anzufordern über die erfolgten Freistellungen bzw. Zurückstellungen und aus welchem Grunde sie genehmigt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

78. Abgeordneter **Dr. Apel**

Wann ist mit der Entscheidung der Bundesanstalt für Flugsicherung über die Einrichtung einer zweiten Instrumental-Landeanlage für den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel zu rechnen?

79. Abgeordneter **Dr. Apel**

Ist die in der Fragestunde vom 17. Mai 1968 dem Abgeordneten Dr. Meinecke erteilte mündliche Zusicherung, der Bundesanstalt die Lärmbelästigung der Bevölkerung als Mitentscheidungsfaktor stärker als bisher zu empfehlen, erfolgt und welche Reaktion ist hierauf erfolgt?

80. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Sind weitere Schritte und Verhandlungen seitens der Bundesanstalt für Flugsicherung unternommen worden, um in der Frage der Placierung dieser Anlage ein Einverständnis mit den Hamburger Behörden, den kommunalen Parlamenten sowie mit der Flughafenverwaltung zu erreichen?

81. Abgeordneter **Hirsch**

Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen des Internationalen Piloten-Verbandes für den Abschluß einer Konvention zum Schutze vor Luftpiraterie zu unterstützen?

82. Abgeordneter **Hirsch**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bis zum Inkrafttreten einer solchen Konvention oder entsprechender international wirksamer Maßnahmen deutsche Flugmannschaften, Passagiere und Flugzeuge gegen Piraterieversuche zu schützen?

83. Abgeordneter **Franke (Osnabrück)**

Warum hat der Bundesverkehrsminister seine Entscheidung vom 29. November 1967 und Bestätigung vom 22. April 1968, das Autobahnkreuz Hansa-Linie / Europa-Straße 8 „Autobahnkreuz Osnabrück" zu nennen, geändert?

84. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Wann ist mit dem Ausbau der Bundesfernstraße 3 südlich Heidelberg, möglichst von der „Schnellstraße L 600 a" bis etwa Ettlingen/Baden, zu rechnen?

85. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß Straßenbauverwaltung und Deutsche Bundesbahn beim Neubau der Eisenbahnbrücke über die Bundesstraße 43, westlich Bischofsheim, gemeinsam einen Weg finden, den abgängigen Brückenpfeiler, der keinerlei Stützfunktion mehr ausübt, abzutragen?

86. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wurden bei der Vergabe von Verkehrs- und Kraftfahrzeugversorgungsbetrieben auf der Autobahn „Rhönlinie" auch Betriebe berücksichtigt, die nach der Eröffnung der neuen Bundesautobahn, an ihren Standorten entlang der B 27, einen beträchtlichen Umsatzrückgang zu verzeichnen haben?

87. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wurden Bewerber aus dem Zonenrandgebiet bei der Vergabe von Verkehrs- und Kraftfahrzeugversorgungsbetrieben auf der neuen Bundesautobahn „Rhönlinie" berücksichtigt?

88. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**

Wann ist mit dem Baubeginn für die Eiderbrücke bei Tönning zu rechnen?

89. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**

Welche schienengleichen Bahnübergänge im Zuge der B 201 werden bis zum Beginn der Olympischen Segelregatten 1972 in Kiel durch den Bau von Über- oder Unterführungen entfernt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

90. Abgeordneter **Rollmann**

Aus welchem Grunde wurde eine tarifliche Sonderregelung für den zivilen Luftverkehr auf der Strecke Hannover—Berlin eingeführt?

91. Abgeordneter **Rollmann**

Ist die Bundesregierung bereit, Möglichkeiten für eine allgemeine Senkung der Berlin-Flugtarife zu prüfen und dem Deutschen Bundestag in Kürze darüber Bericht zu erstatten?

92. Abgeordneter **Rollmann**

Ist die Bundesregierung bereit, falls sich eine allgemeine Berlintarif-Senkung nicht realisieren läßt, wenigstens für die westberliner Bevölkerung als Ausgleich für deren beschränkte Reisemöglichkeiten umfassendere Flugvergünstigungen als bisher zu schaffen?

93. Abgeordneter **Ramms**

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Deutschen Gemeindetages, die Straßenbaulast so zu ordnen, daß jede Gemeinde über Straßen erreicht werden kann, die sie nicht zu bauen und nicht zu unterhalten hat?

94. Abgeordneter **Ramms**

Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die sich außergewöhnlich erhöhenden Unfallziffern bei Kindern im Alter unter 15 Jahren, wobei angeblich nur ein extrem geringer Teil der Unglücksfälle auf dem Schulweg eintritt, besondere Fahrlässigkeit der Kraftfahrer von der Polizei ausgeschlossen und ein starkes Interesse an Verkehrsfragen und verkehrsgerechtes Verhalten der Schulkinder festgestellt wird?

95. Abgeordneter **Dr. Imle**

Kann die Bundesregierung eine verbindliche Auskunft darüber geben, ob die Deutsche Bundesbahn bei einer durch eine eventuelle Besteuerung des Güterfernverkehrs sich ergebenden Erhöhung der Gütertarife für Lkw diese Erhöhung nicht vornehmen wird?

96. Abgeordneter **Dr. Imle**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn bei bestimmten Unternehmen im Ladungsverkehr im Durchschnitt 10% bis 14% für alle Transporte innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und im grenzüberschreitenden Verkehr bis zur Grenze rückvergütet und damit unter den Selbstkosten fährt?

97. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die verladende Wirtschaft zunehmend über einen Mangel an Fahrzeug-Kapazitäten im gewerblichen Straßengüterfernverkehr klagt (FAZ vom 28. August 1968, Seite 13)?

98. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Hält die Bundesregierung — wenn vorstehend zitierte Pressemeldung zutrifft — an ihrer Absicht fest, die Zahl der im Fernverkehr eingesetzten Lastkraftwagen um 20% herabzusetzen, obwohl die konjunkturelle Entwicklung eher eine Steigerung der Nachfrage nach Straßentransportraum erwarten läßt?

99. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Trifft es zu (FAZ vom 28. August 1968, Seite 13), daß die Deutsche Bundesbahn seit April nicht mehr in der Lage ist, die Nachfrage nach Straßentransportraum zu befriedigen und daß z. B. im Bereich einer einzigen Bundesbahndirektion für die Stammkunden täglich 30 bis 40 Lastzüge fehlen?

100. Abgeordneter **Dr. Apel**

Werden die mit der obligatorischen Einführung der Trennscheibe in den Kraftdroschken gemachten Erfahrungen die Bundesregierung veranlassen, zusammen mit den Vertretern des Kraftdroschken-Gewerbes und den einschlägigen Herstellerfirmen nach etwaigen weiteren Verbesserungen zu suchen?

101. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Hinblick auf die sehr verantwortliche Tätigkeit mit besonders hohen Anforderungen, die durch die zunehmende Anwendung besonders schwieriger, aber lärmmindernder Verfahren noch gesteigert werden, eine Verbesserung der Verhältnisse im Flugsicherungsbetriebsdienst durch bessere Einstufungen und strukturelle Ausgleichsmaßnahmen erzielt werden sollte?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

102. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung in der Lage, präziser als auf frühere entsprechende Fragen, mitzuteilen, wann ein Ausbau der B 45 neu zwischen der Autobahnabfahrt bei Weiskirchen und Dieburg erfolgen wird?

103. Abgeordneter **Picard**

Wann sind der Bundesregierung die vom Regionalverband Untermain entwickelten Vorstellungen über die Bevölkerungsentwicklung offiziell mitgeteilt worden?

104. Abgeordneter **Picard**

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Bahnstrecke Höchst (Odenw)—Aschaffenburg stillzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

105. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Ist die Bundesregierung bereit zuzugeben, daß durch einen Bombenangriff oder eine Sprengung, auch durch Sabotage, für ein Groß-Kernkraftwerk, etwa von 500 Megawatt Leistung an aufwärts, wie sie jetzt in der Planung und im Bau sind, in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. bei Würgassen, Biblis, das Freiwerden eines großen Teiles der flüssigen und gasförmigen Radioaktivität des Kernkraftwerkes zu befürchten ist, so daß für Gebiete von mehreren tausend Quadratkilometern Ausdehnung Schutzmaßnahmen — wie schnelle Evakuierung, Lebensmittelvorratshaltung — geplant werden müßten, Schutzmaßnahmen also gegen Gefahren, die weit über das Ausmaß dessen hinausgehen, was durch industrielle Anlagen anderer Art verursacht werden kann?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

106. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß solche Maßnahmen, gesetzliche Regelungen, Verordnungen für den Spannungs- oder Verteidigungsfall zum Schutze der Bevölkerung in der Umgebung von großen Kernkraftwerken nicht nötig seien, entgegen der Ansicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die eine solche Vorsorge für den Notstandsfall offenbar erwartet (vgl. Schreiben des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. März 1968, Gesch.Z.: I/2 - 1431 - M 49 an das Verwaltungsgericht Minden, zur Frage des Baues des Kernkraftwerkes bei Würgassen)?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

107. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Wenn die Bundesregierung eine Vorsorge durch geeignete Maßnahmen für die Bevölkerung in der Umgebung von großen Kernkraftwerken nicht für nötig hält, womit begründet sie diese Ansicht, die im Widerspruch steht zu der von ihr für notwendig erachteten Vorsorge und Planung für den Notstandsfall (Spannungsfall, Verteidigungsfall, siehe § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968), obwohl doch die Bevölkerung in der Umgebung von großen Kernkraftwerken unbestreitbar schon durch einen Sabotageakt besonders gefährdet werden kann?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

108. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist die vom Bundesforschungsminister auf einer Berliner Tagung angekündigte Schaffung einer Bundesdatenbank nur für die Registrierung von Straftaten vorgesehen?

109. Abgeordneter **Strohmayr**

Welche „statistische und andere Informationen" soll das elektronische Register beinhalten?

110. Abgeordneter **Strohmayr**

Welchen Auswertungen sollen diese Informationen dienen?

111. Abgeordneter **Ott**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß Wehrpflichtige nach Ableistung ihrer Dienstpflicht nicht unter das Losverfahren bei der Besetzung von Studienplätzen fallen?

112. Abgeordneter **Ott**

Hält die Bundesregierung es im Interesse der Gleichbehandlung aller Staatsbürger für vertretbar, daß nicht Dienende durch Einsparung von 18 Monaten Wehrdienst selbst beim Losverfahren noch wesentlich früher einen Studienplatz erhalten als Wehrpflichtige, die nach 18 Monaten Dienstzeit durch das Losverfahren benachteiligt werden?

113. Abgeordneter **Ott**

Teilt die Bundesregierung meine Besorgnis, daß durch ein solches Verfahren harte Anforderungen an junge Staatsbürger gestellt werden, die vermieden werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

114. Abgeordneter **Jung**

Trifft es zu, daß das Bundesschatzministerium sämtliche Hochbauämter der Bundesländer gebeten hat, Wettbewerbsunterlagen nicht mehr den Wettbewerbsausschüssen des Bundes Deutscher Architekten zu übersenden, da der Übereinstimmungsvermerk angeblich gegen das Kartellrecht verstößt?

115. Abgeordneter **Jung**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundeskartellamt den Übereinstimmungsvermerk nicht beanstandet und daß daher auch nach Ansicht des Bundeskartellamtes der Bund Deutscher Architekten in enger Zusammenarbeit mit den Architektenkammern durchaus berechtigt ist, das Wettbewerbsverfahren zu prüfen?

116. Abgeordneter **Geldner**

Hat sich die Befürchtung bestätigt, daß wegen der im ERP-Haushalt 1968 zur Verfügung gestellten geringen Mittel für Wasser- und Luftreinhaltung die private Wirtschaft fast völlig leer ausgehen werde, was um so nachteiliger wäre, als im letzten Jahr überhaupt keine Mittel für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung gestellt worden waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

117. Abgeordnete **Frau Blohm**

Trifft es zu, daß in den USA (New York) alle Frauen regelmäßig auf Krebserkrankungen (Gebärmutterhalskrebs) untersucht werden und es auf Grund dieser Vorsorgemaßnahme möglich war, dieses am häufigsten vorkommende Frauenkrebsleiden z. B. in New York völlig auszuschalten?

118. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung bereit, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine umfassende Aufklärungsaktion zur Bekämpfung nicht nur dieser schweren Krankheit, sondern auch aller anderen Krebserscheinungsformen einzuleiten bzw. die zuständigen Stellen damit zu beauftragen und die zur Durchführung der Aufklärungsmaßnahmen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen?

119. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Trifft es zu, daß internationale Bestrebungen im Gange sind, um zu einheitlichen Höchstmengenverordnungen von Pestiziden in oder auf Lebensmitteln zu kommen?

120. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Trifft es zu, daß insbesondere die USA daran interessiert sind, den deutschen Verordnungsgeber zu einer Erhöhung der deutschen Höchstwerte zu bestimmen?

Bonn, den 20. September 1968